

BPE-Protest gegen Islam-Internat in Gladbeck



Von MICHAEL STÜRZENBERGER | In Gladbeck will der Moschee-Verein „Interkulturelles Bildungszentrum Gladbeck“ (IBG) ein islamisches Internat errichten. In dem zweieinhalbgeschossigen Bau sollen bis zu 30 Schüler im Alter von 12 bis 18 Jahren wochentags unterrichtet werden. Inklusiver „religiöser Betreuung“ und „Förderung der türkischen Muttersprache“, das Ganze mit der Möglichkeit der Übernachtung. Mädchen werden – getreu nach den Regeln der Scharia – getrennt geschult. Hierfür soll dann der bisherige Standort des IBG genutzt werden.

Geplant ist, den Bau auf einem städtischen Grundstück zu errichten. Das Islam-Internat – verniedlichend „Jungenwohnheim“ genannt – soll im Garten des einstigen Pfarrhauses neben einer Schule und dem Sportpark entstehen. Der Moscheeverein wird dann das Grundstück als Erbpachtvertrag von der Stadt Gladbeck erhalten.

Ein hoch umstrittenes und äußerst problematisches Projekt, um es vorsichtig auszudrücken. Der Gladbecker Moschee-Verein IBG gehört zum „Verband der islamischen Kulturzentren in Deutschland“ (VIKZ) mit Sitz in Köln.

Dieses VIKZ ist aus der 1967 gegründeten „Türkischen Union“ und dem 1973 gegründeten „Islamischen Kultur-Zentrum Köln“ hervorgegangen. Nach der DITIB und der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs ist es die drittgrößte türkische

Organisation in Deutschland. Dem VIKZ gehören deutschlandweit neun Landesverbände und um die 300 Moscheegemeinden an.

Die Vereinigung ist, wie Hartmut Krauss in seinem 2008 erschienenen Buch „Islam, Islamismus, muslimische Gegengesellschaft: Eine kritische Bestandsaufnahme“ dokumentiert, nach innen streng hierarchisch-zentralistisch organisiert und bezieht ihre spezifische religiöse Ideologie aus dem Lebenswerk des Süleyman Hilmi Tunahan, einem radikalen Islam-Prediger, der in der Türkei zwischen 1939 und 1957 drei Mal in Moscheen festgenommen wurde. 1951 eröffnete Tunahan sein erstes privates Koran-Internat in der siebtgrößten türkischen Stadt Konya. Er war bis zu seinem Tod im Jahr 1959 auch Mitglied des Nakschibendi-Ordens, der eine religiöse Durchdringung des Alltags und eine kontrollierte, schariagemäße Lebensführung fordert.

Kernmerkmal der von der VIKZ vertretenen Islamauffassung ist laut Krauss eine strikt antisäkulare, schariatische, gegen westlich-demokratische Gesellschafts- und Lebensprinzipien gerichtete Lehre, die sich aus der traditionell-osmanischen Herrschaftsideologie speist. Die Haupttätigkeit des VIKZ ist auf die religiös-weltanschauliche Erziehung türkischer bzw. türkischstämmiger Jugendlicher in Abgrenzung zur westlich-europäischen Moderne konzentriert. Zu diesem Zweck strebt der Verband den Aufbau eines Netzes von Wohnheimen an, in denen die jugendlichen Bewohner in einer integrationsfeindlichen Weise indoktriniert werden. Nach eigenen Angaben verfügt die Organisation über 320 „islamische Kulturzentren“ und Heime, in denen jährlich 60.000 Jungen und Mädchen islamgerecht getrimmt werden.

Über diese vom VIKZ betriebenen Wohnheime findet man auf Wikipedia folgende Information:

In einem im Auftrag des hessischen Sozialministeriums erstellten, unveröffentlichten Gutachten der Marburger Turkologin Ursula Spuler-Stegemann aus dem Jahre 2004 soll es heißen, die Heime dienten entgegen anderslautenden

Beteuerungen „fast ausschließlich islamischer Lehre und der Einübung in die Glaubenspraxis“ und seien „absolut integrationshemmend“. Die Schüler würden in einen strengstens scharia-orientierten Islam hinein-indoktriniert und gegen das Christentum wie auch gegen den Westen ebenso immunisiert wie gegen unser Grundgesetz.

Im Jahre 2008 zitierte die lokale Zeitung Kölner Stadt-Anzeiger Vorwürfe gegen den VIKZ aus einem Dossier der Kölner Polizei aus dem Jahr 2006, das sich auf Spuler-Stegemann beruft. Darin wurde dem Verband vorgeworfen, er sei antiwestlich, antidemokratisch und antijüdisch, Kinder würden in den Koranschulen des VIKZ geschlagen, der „heilige Krieg“ und das Märtyrertum würden in Predigten verherrlicht und ein „Strategiepapier“ gebe umfassende Anweisungen zur „Verdunkelung“ illegaler Umtriebe. Der VIKZ wies die Vorwürfe in einer Presseerklärung zurück. Er berief sich dabei auf seine 35-jährige Arbeit. „Heiliger Krieg“ nach dem religiösen Verständnis des VIKZ gebe es nicht und Dschihad verstehe er nur als Dienst an den Menschen.

Diese Vernebelungsstrategien kennen wir zur Genüge. Nach dem Prinzip der Taqiyya, des Täuschens der Ungläubigen, um den Islam weiter verbreiten zu können, wird glatt abgestritten, dass es den Heiligen Krieg gibt – obwohl er ein fester Bestandteil im Politischen Islam ist. Den Dschihad als „Dienst an den Menschen“ zu verharmlosen, ist an Dreistigkeit kaum mehr zu überbieten. Aber die Funktionäre des VIKZ glauben wohl, damit bei den naiven, gutmütigen und faktisch unwissenden Ungläubigen durchzukommen. Was ja bisher schließlich auch immer gelungen ist.

Daher ist die Aufklärungsarbeit der Bürgerbewegung Pax Europa auch so wichtig. Das in Gladbeck geplante Schülerwohnheim des VIKZ wäre nach unserer festen Überzeugung eine weitere von vielen in Deutschland betriebenen Stätten, in denen junge Moslems im Sinne der Scharia und des Dschihad indoktriniert

würden, während sich diese Kadenschmiede des Politischen Islams nach außen hin als harmlose Bildungseinrichtung tarnt. Die Bürgerbewegung Pax Europa führte am 13. September in Gladbeck eine Flyer-Verteilaktion durch, um gegen die Internats-Pläne des IBG zu protestieren. Unterstützung gab es vor Ort von engagierten Bürgern.

Parallel hat die BPE am 2. Oktober alle Stadträte in Gladbeck in einem Offenen Brief angeschrieben, um vor dem hochumstrittenen Projekt zu warnen. An jeden einzelnen Stadtrat wurde appelliert, dem Politischen Islam zum Schutz von Demokratie und Menschenrechten entschieden entgegenzutreten und dieses geplante Indoktrinierungs-Internat nicht zu genehmigen. Dem Schreiben fügte die BPE eine Anlage mit Informationen über den nach unserer Beurteilung extremistischen Dachverband VIKZ bei. Kein Stadtrat kann jetzt noch behaupten, er hätte von nichts gewusst.

Die SPD setzt sich bisher für dieses Projekt ein, das in unseren Augen ein weiterer Baustein zur Islamisierung unseres Landes ist. Sogar das Landesjugendamt Westfalen-Lippe (LWL) scheint keine Bedenken gegen ein Internat zu haben, in dem mutmaßlich Grundsätze der Scharia gelehrt werden. Matthias Lehmkuhl vom LWL teilt mit:

„Wir prüfen bei jeder privaten Trägerschaft eingehend, ob das Kindeswohl gewährleistet ist, bevor wir eine Betriebserlaubnis geben. Schutzkonzept, Personal-, und Betreuungsschlüssel, Zuverlässigkeit, Einbeziehung der Sorgeberechtigten, Dialogbereitschaft.“

Auch seien in Zukunft die 1991 abgeschafften „Spontanbesuche“ bei Einrichtungen nach neuer Gesetzeslage wieder möglich. Nach Prüfung der bisherigen Antragsunterlagen, insbesondere des pädagogischen Konzeptes und der Baupläne, sehe das Landesjugendamt bislang keine Probleme, die Erlaubnis für den Betrieb der Bildungseinrichtung mit Jungenwohnheim zu

erteilen.

Derzeit stellen sich in Gladbeck nur die AfD und die CDU gegen die Pläne. Die Bürgerbewegung Pax Europa bleibt an diesem Fall – wie an vielen anderen auch – dran und unterstützt den Bürgerprotest vor Ort weiter, damit diese Kadenschmiede des Politischen Islams nicht gebaut wird.



Die Bürgerbewegung Pax Europa (BPE) setzt sich seit 2003 für die Aufklärung über den Politischen Islam ein. Mit Flugblattverteilungen, Infoständen, Kundgebungen, Anschreiben an Bundestags- und Landtagsabgeordnete sowie Stadträte versucht die BPE, der Bevölkerung und Politikern sachlich fundierte Informationen zu vermitteln. Wer diese wichtige Arbeit unterstützen möchte, kann hier Mitglied werden.